




Bezirksamt  
Charlottenburg-Wilmersdorf

## Informationen und Antworten zum Coronavirus

- [des Gesundheitsamts Charlottenburg-Wilmersdorf](#)
- [des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf](#)
- [der Senatskanzlei für das Land Berlin](#)
- [der Bundesregierung](#) 

## Thema des Monats April 2005

---

[Direkt zur Kontaktinformation](#) 

---

### Das Mahnmal "Gleis 17" und die Bebauung des Güterbahnhofs Grunewald

#### Die Bezirksverordnetenversammlung diskutiert

Am 18. Oktober 1991 wurde das von der Wilmersdorfer Bezirksverordnetenversammlung initiierte und von Karol Broniatowski geschaffene Mahnmal neben dem Eingangsgebäude zum Bahnhof Grunewald enthüllt: eine Betonmauer mit Negativabdrücken von menschlichen Körperformen und eine Bronzetafel, die an die Deportationen von mehr als 50.000 jüdischen Bürgerinnen und Bürgern Berlins in die nationalsozialistischen Vernichtungslager erinnert. Am 27. Januar 1998 hat dann die Deutsche Bahn AG auf dem Gleiskörper das Mahnmal "Gleis 17" enthüllt und einen Zugang von der Unterführung aus geschaffen. Hier dokumentieren Metallplatten auf den ehemaligen Verladebahnsteigen rechts und links des Gleises die Daten der Deportationszüge und die jeweilige Anzahl der Deportierten.

Jetzt ist umstritten, ob und wie auf dem ehemaligen Güterbahnhofgelände nördlich des Mahnmalensembles gebaut werden darf.

#### SPD-Fraktion

Das Mahnmal „Gleis 17“ erinnert an den Ausgangspunkt der grausamen Deportationen von 56.000 Berliner Juden, die unter den Augen ihrer Nachbarn und der Bewohner der Villenkolonie Grunewald in die Todeslager abtransportiert wurden. Es ist einer der wenigen authentischen Orte des Holocaust in Berlin und muss deshalb in seiner jetzigen Anlage und künstlerischen Gestaltung unversehrt und unbeeinträchtigt erhalten bleiben, es ist zu achten und zu schützen. Nur in diesem Geiste wird sich die SPD mit der Bebauungsabsicht auf ehemaligem Bahngelände beschäftigen. Das heißt: Wir werden keine Veränderung der bestehenden Mahnmale und des näheren Umfeldes zulassen. Weitere Kunstwerke sind auszuschließen. Baugrundstücke (ohne Supermarkt!) sind so weit zurück zu drängen, dass die Sichtachse von „Gleis 17“ in die Ferne nicht beeinträchtigt wird. Auf eine neue Straße zum Platz ist zu verzichten. Die Zuwegung in Höhe Wissmannstraße ist als Straße auszubilden. Der Lärmschutzwall ist landschaftlich zu gestalten. Mit diesen Forderungen wird die Fraktion in die weiteren Gespräche gehen. Wir erwarten, dass die Straßen des Todesmarsches angemessen markiert werden.

Kleinere Veränderungen auf dem Platz vor dem S-Bahnhof Grunewald müssen gemeinsam mit den Anwohnern erörtert werden.

Auf dieser Grundlage wird sich die SPD erneut mit der Frage befassen, ob sie hier eine Bebauung auf Bahngelände akzeptieren kann.

Marc Schulte und Monica Schümer-Strucksberg

## **CDU-Fraktion**

Auf der Brache des ehemaligen Güterbahnhofs Grunewald sollen über 100 Ein- und Zweifamilienhäuser entstehen. Des Weiteren soll eine privat finanzierte Erschließungsstraße gebaut werden, um das neue Wohngebiet an die vorhandenen Verkehrsstrukturen anzuschließen. Die Ergänzung des Wohngebietes Grunewald durch Ein- und Zweifamilienhäuser ist grundsätzlich eine sinnvolle Nachnutzung.

Die CDU-Fraktion hält daher auch diese derzeit geplante Bebauung grundsätzlich für wünschenswert. Jedoch muss der jetzige Bebauungsplanentwurf, dem im Herbst 2004 alle Parteien in der BVV zugestimmt haben, überarbeitet werden. Nach unserer Meinung muss die verkehrliche Erschließung so bewältigt werden, dass keine unerträglichen Belastungen für die jetzigen Wohngebiete entstehen. Außerdem muss das Baugebiet verkleinert werden, um das Mahnmal „Gleis 17“ zum Gedenken an die deportierten Berliner Juden nicht abzuwerten, denn wir werden keiner Bebauung zustimmen, wenn diese nach Auffassung der Jüdischen Gemeinde das Mahnmal beeinträchtigt.

Um sich die geplante Bebauung aber räumlich besser vorstellen zu können, ist der Investor beauftragt worden, ein Modell anzufertigen. Darüber hinaus wird die CDU-Fraktion in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Ortsverband Grunewald am 11. April 2005 um 19.00 Uhr in der Waldmeisterstr. 10-20 (Tennisclub Blau-Weiß) eine öffentliche Veranstaltung durchführen, um den neuesten Sachstand zum Bauvorhaben mit allen Beteiligten und den Anwohnern zu diskutieren.

Bodo Schmitt

## Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

“Das muss erhalten bleiben, weil man nur an diesem Ort in dieser Schlichtheit fast physisch nachempfinden kann ... an dem Ort, an dem Menschen, ca. 55000, das letzte Mal lebend gesehen worden sind an dieser Rampe, ... es verliert sich im Blick der Schienen nach nirgendwo. Dieser Eindruck ist so was von beklemmend!”

Isaak Behar, Gemeindeältester der Berliner jüdischen Gemeinde, der durch die Vernichtungsmaßnahmen Nazideutschlands seine gesamte Familie verlor, bringt eindrucksvoll zur Sprache, was das Mahnmal “Gleis 17” am ehemaligen Güterbahnhof Grunewald aussagt (Interview im Deutschlandfunk, gesendet am 14.3.05).

Die Bebauung eines Teils des Geländes würde diesen Eindruck abschwächen. Wir unterstützen den breiten Protest gegen die Bebauungspläne der aurelis Real Estate GmbH&Co. KG, die ehemalige Bahnflächen in teures Bauland verwandeln will. Interessen an der Verwertung von ehemals von der Bahn genutztem, also staatlichem Gelände, müssen unter allgemeinen öffentlichen und politischen Gesichtspunkten gegenüber der Vergangenheitsbewältigung zurückstehen. Das Gelände sollte als Grünfläche und zukünftiges Biotop unberührt aber öffentlich zugänglich bleiben.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat beantragt, die Arbeiten am Bebauungsplanverfahren Grunewald durch das Bezirksamt einzustellen.

Dr. Jürgen Hess

## FDP-Fraktion

Der Gedenkort Grunewald ist tabu. Der Güterbahnhof Grunewald war für Zehntausende das Tor zur Todesfahrt nach Auschwitz. Nun planen einige, hier Villen zu errichten.

Die Pläne entstanden trotz der historischen Belastung des Ortes: Dort befindet sich eine Bronzetafel mit hebräischer Überschrift: “Zum Gedenken an die Opfer der Vernichtung. Zum Gedenken an Zehntausende jüdischer Bürger Berlins, die ab Oktober 1941 bis Februar 1945 von hier aus durch die Nazi-Henker in die Todeslager transportiert und ermordet wurden.” Daneben steht eine Mauer mit Negativabdrücken von menschlichen Körpern. Die Bahn hat auf den Verladebahnsteigen Metallplatten anbringen lassen, auf denen Zielorte und Daten der Deportationszüge dokumentiert sind.

Grunewald ist ein beeindruckendes Mahnmal – ein sakrosankter Ort. Nach jüdischem Brauch liegen Steine auf der Rampe – wie auf Friedhöfen. Blumen werden niedergelegt. Es kommen Besucher. Sie blicken auf das überwucherte Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs. Das erinnert an jene Landschaften, in welche die Todeslager eingebettet waren. Es entsteht ein Eindruck von den Bildern, welche die hierher getriebenen Opfer der Nationalsozialisten in ihren letzten Tagen gesehen haben.

Dieser Ort, wie er sich 2005 präsentiert, ist tabu. Hier soll der Mensch nichts mehr verändern. Für uns Liberale gilt: Kompromisse kann es an dieser Stelle nicht geben.

Jürgen Dittberner

## Fraktionslose Bezirksverordnete (Die Linkspartei.PDS)

Fast 56.000 Menschen wurden während des Zweiten Weltkrieges vom Güterbahnhof Berlin-Grunewald in Arbeits- und Vernichtungslager deportiert. Vom "Gleis 17" fuhren die Züge gen Osten, ins Nirgendwo.

Es hat lange gedauert, bis am heutigen S-Bahnhof Grunewald an diese grausamen Verbrechen erinnert wurde. Das Mahnmal am "Gleis 17" gehört inzwischen zu den wichtigsten Gedenkstätten an die Nazi-Diktatur; und wird auch im Ausland als solches wahrgenommen.

Deshalb erscheint es umso unverständlicher, dass nun auf der Brache des stillgelegten Güterbahnhofs ein Villenviertel entstehen soll, inklusive Zufahrtsstraße und Supermarkt. Der zu erwartende Verkehr würde die Stille am Mahnmal erheblich beeinträchtigen. Stille aber lässt Nachdenken und somit Gedenken erst zu.

Da sich die Bezirksverordnetenversammlung bisher noch nicht für oder gegen die Bebauung des Areals entschieden haben, wird am 7. April, um 17.00 Uhr – auf Vorschlag der PDS – ein erneuter Ortstermin stattfinden – auch Vertreter der Jüdischen Gemeinde sind eingeladen.

Allerdings ist derzeit kaum vorstellbar, dass sich die schwerwiegenden Bedenken gegen das Villenviertel grundlegend ausräumen lassen. Die Häuser würden den Blick gen Osten verstellen, den Weg ins Nirgendwo, den 1941 bis 1945 fast 56.000 Menschen fahren mussten.

Benjamin Apeloig, Jürgen Hornig

## Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

### Bezirksverordneten-versammlung

Rathaus Charlottenburg

 [Otto-Suhr-Allee 100](#)

[10585 Berlin](#)

Raum: 226 a

 [E-Mail](#)

### Nahverkehr

Bus

[U Richard-Wagner-Platz](#)

0.1km

M45

N7

U7

